

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

33. Jahrgang

Berlin, den 23. Dezember 1966

A 22127 C

Nummer 51/52

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Dezember 1966

Die internationale Situation

Die Wirtschaft der Industrieländer der westlichen Welt expandiert um die Jahreswende im Durchschnitt mit einer realen Zuwachsrate von rund 4 vH und damit sehr viel langsamer als noch zu Beginn dieses Jahres. Hinter dieser Gesamtrate verbergen sich sehr differenzierte Entwicklungen in den einzelnen Ländern. So hält der Produktionszuwachs in wichtigen Volkswirtschaften, wie Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, bereits seit längerem nicht mehr Schritt mit der Steigerung des Produktionspotentials. Aber auch in den Vereinigten Staaten machen sich Abschwächungstendenzen bemerkbar. Schon deuten Umfragen darauf hin, daß die Kapazitätsausnutzung in der verarbeitenden Industrie zurückgegangen ist. In Frankreich und Italien ist die Expansion ungebrochen, aber eine Beschleunigung ist hier kaum noch zu erwarten. Auch in Japan dürfte sich die reale Fortschrittsrate kaum noch steigern lassen, so daß auch von den zur Zeit dynamischsten Volkswirtschaften keine zusätzlichen Impulse mehr ausgehen werden.

Mit dem verlangsamten Wachstum hat der Importbedarf der Industrieländer, nicht zuletzt an Rohstoffen, nachgelassen. Zwar haben sich die Gold- und Devisenbestände der übrigen Welt dank steigender Kapitalzuflüsse und einer vorsichtigen Importpolitik erhöht, so daß sich zunächst einmal auch den Rohstoffländern zur Finanzierung künftiger Importe Rückgriffsmöglichkeiten auf vorhandene Reserven bieten; auf längere Sicht sind jedoch ihre Exporterlöse die Grundlage für die Bezahlung der Importe an Industrieerzeugnissen, die sie zur Industrialisierung ihrer rückständigen Volkswirtschaften benötigen. Ein kräftiges und kontinuierliches Wirtschaftswachstum in den Industrieländern ist daher auch aus internationalen Erwägungen wünschenswert.

Die Wirtschaft der *Vereinigten Staaten* dürfte gegenwärtig mit einer Fortschrittsrate von 4 vH real

expandieren. Trotz dieser Zunahme ist jedoch eine starke Differenzierung der Produktionslage in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu konstatieren. Nachfragemangel herrscht vor allem im Bau-sektor. Die Bauausgaben lagen im Oktober dieses Jahres um 10 vH — saisonbereinigt — unter dem im Frühjahr 1966 erreichten bisherigen Höchststand. Besonders ausgeprägt ist der Rückgang im Wohnungsbau, der unter den für amerikanische Verhältnisse extrem hohen Zinssätzen leidet. Aber auch die übrigen Bereiche des Bausektors stehen im Zeichen verminderter Aktivität. Hiervon sind alle jene Industriezweige in Mitleidenschaft gezogen worden, die Erzeugnisse zur Ausstattung und Einrichtung der Bauten liefern. Gleichzeitig macht sich eine Zurückhaltung der Verbraucher am Automobilmarkt bemerkbar. Produktionskürzungen und damit verbundene Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt spiegeln diese Entwicklung wider.

Ein Nachlassen der Investitionsneigung der gewerblichen Wirtschaft ist ebenfalls unverkennbar. Nicht nur, daß die neuesten Erhebungen große Zurückhaltung der Unternehmen bei den Investitionsplanungen für das Jahr 1967 zeigen. Bedenklicher noch stimmt, daß die Investitionen bereits im laufenden Quartal hinter den Investitionsplanungen zurückbleiben werden. Diese Abschwächung wird vielfach mit der Suspendierung der Steuergutschriften und Investitionserleichterungen motiviert. Sie dürfte aber viel eher in Zusammenhang stehen mit der rückläufigen Ausnutzungsrate und der damit verbundenen Beeinträchtigung der Gewinnlage, die sich abzeichnet.

Die Aufwendungen der amerikanischen Bundesregierung zeigen eine starke Zunahme (+ rund 20 vH im Fiskaljahr 1966/67). Verantwortlich hierfür ist die Steigerung der Rüstungsausgaben, die durch Kürzung der zivilen Ausgaben bei weitem nicht kompensiert werden konnte. Die Kürzung der zivi-

len Ausgaben trifft zudem zu einem großen Teil die Bauwirtschaft, die ohnehin unter Auftragsmangel leidet, während die Rüstungskäufe sich auf einen relativ begrenzten vollausgelasteten Bereich der Investitionsgütererzeugung konzentrieren.

Wirtschaftspolitische Interventionen im gegenwärtigen Zeitpunkt sind problematisch nicht nur wegen der stark differenzierten Entwicklung der einzelnen Bereiche, sondern auch wegen der Kosten- und Preissteigerung. Bis über die Jahresmitte hinaus haben die Löhne — dank Zurückhaltung der Arbeitnehmer und hoher Produktivitätsfortschritte — im Durchschnitt der Wirtschaft nur zu einer geringen zusätzlichen Stückkostenbelastung geführt. Nach neuesten Angaben des Arbeitsministeriums errechnet sich ein Lohnanstieg im Durchschnitt der ersten neun Monate im Vergleich zum Vorjahr von 3,8 vH; die an dem langfristigen Produktivitätsfortschritt ausgerichtete Orientierungshilfe der Regierung beziffert sich auf 3,2 vH. Da jedoch die Verkäufermarktsituation zu einer Anhebung der Großhandelspreise (ohne Nahrungsmittel) um 2 bis 3 vH genutzt wurde und die Lebenshaltungskosten, vor allem wegen Verteuerungen im Ernährungssektor und bei den Dienstleistungen, im gleichen Zeitraum sogar um knapp 4 vH gestiegen sind, ist es verständlich, daß die Gewerkschaften nunmehr ihre Zurückhaltung aufgeben.

Allgemeine Steuererhöhungen sind gegenwärtig nicht zweckmäßig. Eine Beschneidung der Kaufkraft der privaten Haushalte würde in erster Linie jene Bereiche — dauerhafte Güter und Wohnungsbau — treffen, die ohnehin unter Nachfragemangel leiden. Dagegen ist zu erwarten, daß die Ausgaben für Dienste ihre Aufwärtsbewegung unbehelligt fortsetzen würden. Eine erhöhte Steuerbelastung der Gewinne könnte bewirken, daß die bereits geschwächte Investitionsneigung so hart getroffen wird, daß die Rationalisierung des Produktionsapparates vernachlässigt wird, die in den letzten Jahren zur Festigung der internationalen Wettbewerbsposition der amerikanischen Wirtschaft beigetragen hat. Um eine gleichmäßigere Beschäftigung der Produktionsfaktoren zu verwirklichen, werden die wirtschaftspolitischen Instanzen nicht mehr lange einen Kurswechsel ihrer Geld- und Kreditpolitik hinauszögern können, der dem Baubereich und den von der Bautätigkeit abhängigen Wirtschaftszweigen die notwendige Anregung vermittelt. Eine Lockerung der Kreditrestriktionen könnte allerdings für die Vereinigten Staaten wieder außenwirtschaftliche Schwierigkeiten heraufbeschwören. Bislang ist der Rückgang der Leistungsbilanzüberschüsse durch Kapitalzuflüsse kompensiert worden. Die Vereinigten Staaten werden auch in Zukunft auf die Kooperation ihrer Partnerländer angewiesen sein, wobei die Konstellation insofern günstig ist, als sich in der Bundesrepublik eine Senkung des Zinssatzes aus binnenwirtschaftlichen Erwägungen anbietet.

Die *britische Wirtschaft* steht unverändert unter dem Eindruck der restriktiven zahlungsbilanzorientierten Wirtschaftspolitik, deren Nahziel die Schließung der Zahlungsbilanzlücke, deren Fernziel die Stärkung der internationalen Wettbewerbsposition

ist. Dabei ist das Sozialprodukt seit Jahresbeginn rückläufig, im Jahresdurchschnitt errechnet sich jedoch noch eine geringe reale Zunahme gegenüber 1965. Während die Ausgaben der öffentlichen Hand leicht gestiegen sind, haben die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Investitionen der privaten Wirtschaft fallende Tendenz. Da Arbeiterentlassungen zunächst sehr zögernd vorgenommen wurden und erst in letzter Zeit größere Ausmaße erreichten, ist die Erzeugung je Beschäftigten nur wenig gestiegen.

Auch im kommenden Jahr werden vom öffentlichen Sektor wieder Anregungen ausgehen. Bei nur geringer Zunahme des Sozialprodukts (real + 1 vH) lassen die Haushaltspläne eine Steigerung der Ausgaben der öffentlichen Hand um 3 bis 4 vH erwarten. Die privaten Anlageinvestitionen dürften 1967 abnehmen. Enttäuschend ist im Hinblick auf die kurz- und langfristige Zielsetzung der britischen Wirtschaftspolitik die bisherige Entwicklung der Außenbilanz. Die Importe sind wiederum schneller als das Bruttosozialprodukt gestiegen. Zwar weisen auch die Exporte höhere Zuwachsraten auf, doch expandierten sie weniger schnell als die Ausfuhren der Industrieländer insgesamt, so daß der Anteil Großbritanniens am Welthandel nochmals geschrumpft ist.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß der gegenwärtige Lohn- und Preisstopp sowie die anschließende Periode des „Maßhaltens“ Erfolge zeitigt, bleibt die Frage offen, ob bzw. in welchem Zeitraum es Großbritannien gelingen könnte, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Unterstellt man eine Überbewertung des Pfundes von mindestens 15 vH., so läßt sich selbst bei Konstanz der englischen Ausfuhrpreise und weiteren Preissteigerungen in den konkurrierenden Ländern der Wettbewerbsnachteil Großbritanniens kurzfristig nicht beseitigen. Es ist aber fraglich, ob sich eine Politik des Maßhaltens über einen Zeitraum von mehreren Jahren, wie er zur Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit ohne Abwertung erforderlich wäre, durchhalten läßt.

In *Frankreich* wird die gegenwärtige Expansionsrate auf 5 vH einzuschätzen sein. Im Laufe des Jahres haben sich die Auftriebskräfte vom privaten Verbrauch und dem Export zu der privaten Investitionstätigkeit verlagert, sieht man einmal vom Wohnungsbau ab, wo das Angebot der Nachfrage vorangeeilt zu sein scheint. Wenn auch die öffentliche Hand gegenwärtig wieder einen stärker expansiven Einfluß auf die Wirtschaftstätigkeit ausübt und auch im kommenden Jahr weiter ausüben wird, so ist doch insgesamt kaum noch mit einer Beschleunigung des Wachstums zu rechnen. Andererseits sind Kapazitätsreserven zunächst noch ausreichend vorhanden. Auf dem Arbeitsmarkt kommt der Tatsache eine Bedeutung zu, daß nunmehr die geburtenstarken Jahrgänge in den Wirtschaftsprozess drängen; gleichzeitig werden durch die bewußt von der Regierung angestrebte Rationalisierung im Zuge von Unternehmenszusammenschlüssen und den Übergang zu kapitalintensiveren Produktionsmethoden Kräfte freigesetzt, für die neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Hiermit sind gün-

stige Voraussetzungen für eine anhaltende Lohn- und Preisruhe gegeben, die noch dadurch verstärkt werden, daß es der hohe Bestand an Währungsreserven Frankreich erlaubt, zusätzliche Waren aus dem Ausland zu beziehen, die die Durchsetzung von Preisforderungen erschweren.

Italien dürfte — neben Japan — ein Land sein, in dem sich die Expansion bis in die jüngste Zeit hinein beschleunigt hat. Dabei ist es erfreulich, daß nunmehr auch die Unternehmer bereitwilliger investieren. Neben dem Kapazitätseffekt dieser Investitionen sind vor allen Dingen die positiven Rückwirkungen auf die Produktivität hervorzuheben, denn auch in Italien wird die Rationalisierung bewußt vorangetrieben. Lohn- und Preissteigerungen haben sich bisher in engen Grenzen gehalten. Die Rückkehr zahlreicher Arbeitnehmer aus der Bundesrepublik, die in Italien von einigen Stellen mit Besorgnis betrachtet wird, da die Arbeitslosigkeit bisher erst wenig zurückgegangen ist, sollte eine Zurückhaltung beider Tarifpartner auch bei künftigen Lohnverhandlungen bewirken. Auch in Italien hat das schnell steigende Angebot an Auslandswaren die Preisruhe begünstigt. Hohe Währungsreserven haben die italienische Regierung veranlaßt, Kapitalexporte zu fördern. Sie hat damit eine übermäßige Liquidisierung des Bankenapparates unterbunden und gleichzeitig zu einer Entspannung im internationalen Zahlungsverkehr beigetragen.

Japan expandiert rasch (+ 7 bis 8 vH) und verhilft über schnell steigende Importe seinen Handelspartnern zu vermehrten Ausfuhren. Die kleineren europäischen Länder, die sich in starker Abhängigkeit vom Konjunkturgeschehen der führenden Industrieländer befinden, expandieren im Ausmaß von 3 bis 4 vH, dabei bleiben sie bemüht, den Preisanstieg unter Kontrolle zu halten.

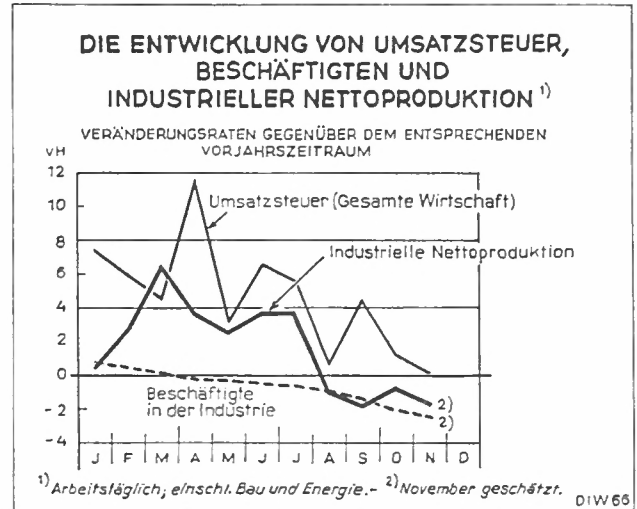
Die Lage in Westdeutschland

Seit Herbst dieses Jahres ist aus der Abkühlung, die schon seit längerem die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik kennzeichnet, in unerwartet raschem Tempo eine besorgniserregende Unterkühlung geworden.

In den vergangenen Monaten hat die Arbeitslosigkeit weitaus schneller als erwartet zugenommen; auch in Bereichen, die, wie die Automobilindustrie, noch vor wenigen Wochen für konjunkturell bevorzugte Spitzenreiter gehalten worden sind, wurde Kurzarbeit angekündigt oder bereits eingeführt. Diese Erscheinungen können nun nicht mehr mit der Begründung „strukturbedingt“ bagatellisiert werden, sondern müssen als ernste Symptome einer jetzt auch für die Gesamtbeschäftigung wirksam gewordenen rezessiven Entwicklung gekennzeichnet werden.

Der sich bedrohlich verstärkende Rückgang der Beschäftigung läuft jetzt Gefahr, der wirtschaftspolitischen Kontrolle zu entgleiten. Zweifellos wird hierdurch die Erfüllung des von der Bundesbank gesetzten Junktims zwischen monetärer Lockerung und Mäßigung der Lohnforderungen erleichtert. Allerdings wird im Verlauf dieses Prozesses die Produktivitätsentwicklung von der rasch zurückge-

henden Nachfrage immer stärker beeinträchtigt. Die geforderte Anpassung der Lohnentwicklung an den Produktivitätsfortschritt würde deshalb — wörtlich genommen — der weiteren Produktionsschrumpfung Vorschub leisten.



Obwohl die Ausfuhrüberschüsse fast wieder die Höhe der in früheren Boomphasen der Ausfuhrentwicklung erzielten Aktivsaldo erreicht haben, ist ihr Zustandekommen ebenfalls ein Indiz für die konjunkturelle Schwäche der Binnenwirtschaft: Sie resultieren diesmal weniger aus einem Exportboom, sondern vor allem aus einer Schwäche der Einfuhrentwicklung. Mit der nach wie vor stark wachsenden Ausfuhr konnte zwar das schärfere Abgleiten in die Unterbeschäftigung vorerst noch verhindert werden, sie wird aber zunächst gewiß nicht der Motor eines konjunkturellen Auftriebs sein.

Die immer deutlicher werdenden Folgen der Lähmung des Investitionswillens in der westdeutschen Wirtschaft stellen die neue wirtschaftspolitische Führung vor schwere Aufgaben. Denn die Wiederbelebung einer so stark angeschlagenen Investitionsneigung erfordert Zeit, wo Eile geboten ist. Sie erfordert — wenn die noch keineswegs beendete Talfahrt der westdeutschen Konjunktur nicht in einer Beschäftigungskrise größeren Ausmaßes enden soll —, stärkere wirtschaftspolitische Maßnahmen als lediglich ein Umschalten etwa der Geld- und Kreditpolitik von der restriktiven auf eine entlastende Richtung. Tatsächlich ist die monetäre Entlastung von Banken und Wirtschaft ja bereits im Gange, denn die wesentlich verstärkten Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland während der letzten Monate haben selbst auf den Rentenmärkten — hier sogar am raschesten und deutlichsten — zu einer Beendigung des lang anhaltenden Kursverfalles, d. h. zum Ende des Zinsanstiegs entscheidend beigetragen.

Diese Entlastung reicht aber bei weitem nicht aus, um eine sich an verschlechterten Gewinn- und Umsatzerwartungen orientierende und dadurch investitionsmüde gewordene Wirtschaft aus ihrer Lethargie zu lösen. Selbst die jetzt mit Recht geforderte aktive Unterstützung der Bundesbank, die bisher ja im wesentlichen nur passiv die verstärkten expansiven Einflüsse des Mittelzuflusses aus dem

Ausland hingenommen und geduldet hat, ist dazu allein nicht mehr imstande.

Neben ihrer Signalwirkung auf die Wirtschaft ist jedoch die jetzt immer dringender geforderte Änderung der bisher restriktiven monetären Politik eine entscheidende Voraussetzung für ein aktives Eingreifen der wirtschaftspolitischen Instanzen. Denn ohne die Zustimmung und Mitwirkung der Bundesbank würde die jetzt energisch in Angriff zu nehmende expansive Fiskalpolitik sehr rasch scheitern.

Da das Schwergewicht und der Akzent einer neuen wirtschaftspolitischen Aktivität auf jene Maßnahmen gelegt werden muß, die die Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft unmittelbar stützen und anregen, ist vor allem die Fiskalpolitik angesprochen. Denn nur sie vermag schnell genug zu reagieren und durch Verstärkung der öffentlichen Investitionsausgaben das weitere Abgleiten der Konjunktur zu verhindern. Eine derartige Neuorientierung muß die Wirtschaftspolitik jetzt vollziehen. Selbst angesichts der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte darf die Forderung nach einer expansiven Gestaltung der öffentlichen Investitionsausgaben, die bisher immer am stärksten und nachhaltigsten von „Einsparungen“ betroffen wurden, nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das setzt voraus, daß die Schizophrenie, die die öffentliche Einnahmen- und Ausgabenpolitik bestimmt hat, einem sich nicht in ständige Widersprüche verstrickenden Bewußtsein über das Richtige und Falsche in der Konjunkturpolitik Platz machen wird.

Bereits in diesem Jahr wird die starke Verringerung der Steuereinnahmen das Anfang Oktober noch auf 750 Mill. DM geschätzte Defizit im Bundes-

haushalt auf mindestens 1,3 Mrd. DM zunehmen lassen. Für alle Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) werden die Mindereinnahmen im Vergleich zu den vor einem Jahr angestellten Schätzungen im Jahre 1966 insgesamt annähernd 2,5 Milliarden DM betragen. Dieses Defizit würde durch Kürzungen der öffentlichen Investitionsausgaben in Zukunft nur noch vergrößert werden. Durch Steuererhöhungen können zwar Defizite kurzfristig und vorübergehend vermieden oder verringert werden; in der gegenwärtigen Situation bedeutet jedoch jede Steuererhöhung eine Senkung der ohnehin schon unzureichenden Nachfrage. Entschließt man sich dennoch zur Anhebung der Verbrauchsteuern, dann müssen unter den gegebenen Umständen diese Steuereinnahmen unbedingt für öffentliche Investitionen ausgegeben werden, um eine Verstärkung der Nachfrage in Gang zu setzen.

Die Furcht, daß durch eine expansive Politik der gekennzeichneten Art erneut die Gefahr einer beschleunigten Preissteigerung heraufbeschworen würde, ist angesichts der heutigen konjunkturellen Situation, nämlich der Gefahr eines in diesem Ausmaß seit der Währungsreform nicht erlebten konjunkturellen Rückschlages, zu absurd, um ernsthaft diskutiert zu werden. Es geht heute nicht mehr nur um starkes oder schwaches Wachstum, sondern um die Abwendung eines allgemeinen und einschneidenden Produktionsrückganges mit allen Konsequenzen für die Beschäftigung. Die gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen, die mit einer solchen Krise verbunden wären, können noch weniger hingenommen werden als die Wachstumsverluste, die der Bundesrepublik in jedem Falle weiter entstehen werden.

Der Außenhandel der UdSSR mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie Konsumgütern

Während des abgelaufenen Fünfjahrplans 1961—65 hat die sowjetische Regierung große Anstrengungen unternommen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Der neue Fünfjahrplan 1966—70 sieht vor, daß diese Politik fortgesetzt wird. Vorliegende Arbeit untersucht, welche Bedeutung in diesem Zusammenhang dem sowjetischen Außenhandel mit Konsumgütern sowie Nahrungs- und Genußmitteln zukommt und welche weitere Entwicklung hier erwartet werden kann.

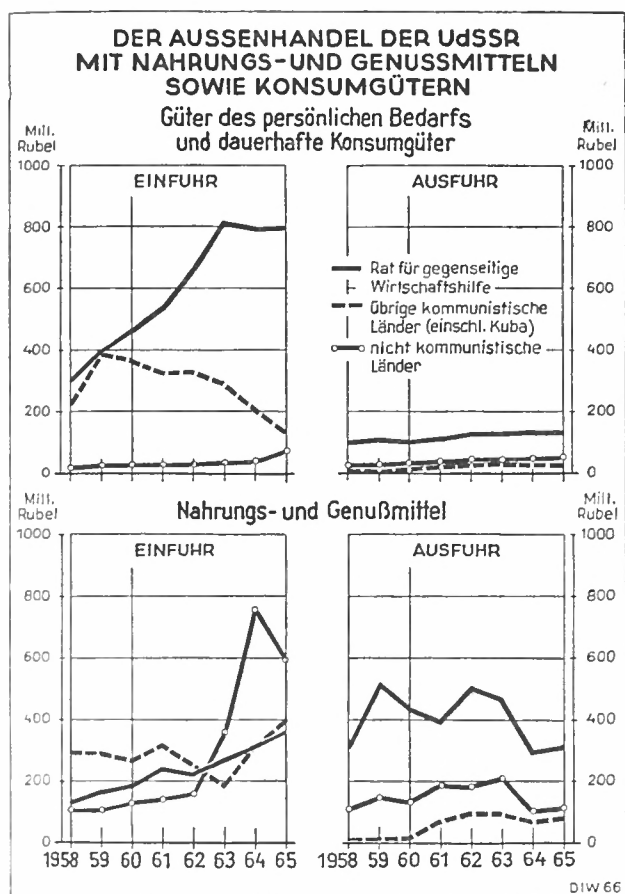
Die Entwicklung in den letzten Jahren

Die Sowjetunion erhöhte in den vergangenen Jahren die Einfuhr an Gütern, die der direkten Versorgung der Bevölkerung dienen oder die unmittelbar in die Produktion von Enderzeugnissen eingehen, stärker als die gesamte Einfuhr; 1965 überstieg der Anteil dieser Waren 35 vH des Gesamtimports. Besonders ins Gewicht fällt dabei die starke Zunahme bei der Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln: der Weizenimport vorwiegend aus Kanada, die Einfuhr von Zucker aus Kuba sowie von Obst, Gemüse und Tabak hauptsächlich aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn.

Bei der Einfuhr dauerhafter Konsumgüter und der Güter des persönlichen Bedarfs gab es dagegen keine größeren Veränderungen. Auszunehmen ist davon die steigende Einfuhr von Medikamenten aus Ungarn und von Möbeln, die überwiegend aus Mitteleuropa und Rumänien bezogen wurden. Der

mit Abstand wichtigste Lieferant von Textilerzeugnissen war lange Zeit China; Mitteleuropa und Bulgarien haben es 1965 von diesem Platz verdrängt. Bei den übrigen Konsumgütern verharnte die Einfuhr auf recht bescheidener Höhe, und soweit die sowjetische Außenhandelsstatistik erkennen läßt, ist das Sortiment noch wenig reichhaltig.

Die Ausfuhr der UdSSR an Nahrungs- und Genußmitteln sowie Konsumgütern blieb seit 1961 weit hinter der Entwicklung des Gesamtexports zurück. 1964 war sogar ein spürbarer absoluter Rückgang zu verzeichnen; damit sank der Anteil dieser Waren auf knapp 11 vH des Gesamtexports. Die Ursache dafür waren die schlechten Ernten der Jahre 1963/64, derenentwegen die Getreidelieferungen an die osteuropäischen Länder stark herabgesetzt wurden. Auffallend ist das Stagnieren der Ausfuhr dauerhafter Konsumgüter sowie der Güter des persönlichen Bedarfs.



Da die Einfuhr aus China zu drei Vierteln aus Verbrauchsgütern besteht, hat sich mit dem starken Rückgang des Chinahandels die Regionalstruktur nachhaltig verändert. Die osteuropäischen Länder übernahmen weitgehend die ausfallenden chinesischen Lieferungen an Verbrauchsgütern; die Entwicklungsländer konnten nur zu einem geringen Teil Nutzen daraus ziehen. So lieferten die osteuropäischen Länder 1965 91 vH der dauerhaften Konsumgüter, 77 vH der Güter des persönlichen Bedarfs und 55 vH der Genußmittel. Ähnlich ist das Bild bei der Ausfuhr: Die Länder des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe nahmen 1964 69 vH der sowjetischen Exporte an dauerhaften Verbrauchsgütern ab, 42 vH der Güter des persönlichen Bedarfs, 61 vH der Nahrungsmittel und 85 vH der Genußmittelausfuhr. Im gleichen Jahr waren die osteuropäischen Länder mit 58 vH am gesamten sowjetischen Außenhandelsumsatz beteiligt.

Ein Vergleich zwischen den Einfuhren bzw. Ausfuhren von Konsumgütern und der sowjetischen Eigenproduktion, d. h. eine Aussage über die Bedeutung der Außenhandelstätigkeit für die Versorgung der sowjetischen Bevölkerung, ist wegen der lückenhaften statistischen Unterlagen leider nur für einige ausgewählte Erzeugnisse möglich. Bis jetzt wurden nur für 1964 die Produktionsergebnisse veröffentlicht. Die Einfuhr von Textilerzeugnissen, die einen wesentlichen Posten an allen konsumorientierten Einfuhren ausmachen, sind für die Gesamtversorgung offenbar von untergeordneter Bedeutung. So betrug bei Baumwoll- und bei Leinengeweben die mengenmäßige Einfuhr 1964 je 1 vH der sowjetischen Produktion, bei Woll- und Seidenge-

Der Außenhandel der UdSSR mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie Konsumgütern 1961 bis 1965

	1961	1962	1963	1964	1965
in Mill. Rubel					
Einfuhr, gesamt	5 245	5 810	6 353	6 963	7 248
darunter:					
1 Nahrungsmittel	638	558	674	1 181	1 176
2 Genußmittel	137	153	199	301	355
3 Güter des persönl. Bedarfs . .	729	812	898	810	783
4 Dauerhafte Konsumgüter . . .	186	233	276	284	256
Gesamt 1—4	1 690	1 756	2 047	2 556	2 570
in vH der Gesamteinfuhr					
1 Nahrungsmittel	12,2	9,6	10,7	16,9	16,2
2 Genußmittel	2,6	2,6	3,1	4,3	4,9
3 Güter des persönl. Bedarfs . .	13,9	14,0	14,1	11,6	10,8
4 Dauerhafte Konsumgüter . . .	3,5	4,0	4,3	3,9	3,5
Gesamt 1—4	32,2	30,2	32,2	36,7	35,4
in Mill. Rubel					
Ausfuhr, gesamt	5 398	6 328	6 545	6 915	7 350
darunter:					
1 Nahrungsmittel	748	820	819	512	556
2 Genußmittel	13	16	18	19	13
3 Güter des persönl. Bedarfs . .	77	67	71	76	81
4 Dauerhafte Konsumgüter . . .	116	141	141	139	142
Gesamt 1—4	954	1 044	1 049	746	792
in vH der Gesamtausfuhr					
1 Nahrungsmittel	13,9	13,0	12,5	7,4	7,6
2 Genußmittel	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
3 Güter des persönl. Bedarfs . .	1,4	1,1	1,1	1,1	1,1
4 Dauerhafte Konsumgüter . . .	2,1	2,2	2,2	2,0	1,9
Gesamt 1—4	17,6	16,5	16,0	10,8	10,8
Quellen: Vnešnjaja torgovlja SSSR za 1959—1963 gody, Moskau 1965; Vnešnjaja torgovlja SSSR za 1965 god, Moskau 1966.					

weben je 4 vH. Schuhe machten 9 vH der eigenen Produktion aus, Motorroller und Nähmaschinen je 8 vH. Dagegen erreichte 1964 — unter Berücksichtigung der Reexporte — die Einfuhr von Rohtabak 68 vH des staatlichen Aufkaufs; bei Weizen (einschließlich Mehl) waren es etwa 16 vH, bei Zucker rund 14 vH. Die Einfuhr von Weizen, Zucker und Tabak kann daher als wichtig für die Versorgung der Bevölkerung der UdSSR angesehen werden. Bei den meisten anderen Verbrauchsgütern ist jedoch die mengenmäßige Einfuhr noch so gering, daß sie nur zur Versorgung eines begrenzten Personenkreises in wenigen großen Städten beiträgt.

Abgesehen vom Getreideexport ist die sowjetische Ausfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln sowie Konsumgütern bescheiden. Trotzdem wurden 1964 immerhin 24 vH der gesamten sowjetischen Produktion an Personenkraftwagen, 23 vH der Rundfunkgeräte und 18 vH der Uhrenproduktion exportiert.

Die Aussichten für die weitere Entwicklung

Dieses Jahr ist mit einer besonders guten Ernte in der UdSSR zu rechnen; die Weizenernte wird auf 70 bis 74 Mill. t, die gesamte Getreideernte auf 160 bis 165 Mill. t geschätzt¹⁾. Der Getreidebedarf der UdSSR wird damit gedeckt, so daß 1966/67 die Weizenimporte voraussichtlich stark eingeschränkt werden. Hinzu kommt, daß eine verbesserte Versorgung mit Mehl- und Brotsubstituten einen verringerten Pro-Kopf-Verbrauch der sowjetischen Bevölkerung an Getreide erwarten läßt. Obst, Gemüse und tierische Veredelungsprodukte können vorteilhaft aus den osteuropäischen Ländern eingeführt werden. Der Import dieser Güter dürfte daher weiter erhöht werden.

¹⁾ Zycie Gospodarcze, 16. 10. 1966.

Die Ein- und Ausfuhr der UdSSR an ausgewählten Nahrungs- und Genußmitteln sowie Konsumgütern 1961 bis 1965 in Mill. Rubel

	1961	1962	1963	1964	1965
Einfuhr					
Getreide und Mehl	48	49	240	564	415
Zucker	304	216	146	229	284
Schlachtvieh	37	31	17	16	28
Fleisch- und Molkereiprodukte	41	67	30	101	174
Fische	8	14	16	17	14
Gemüse und Obst	116	118	149	163	168
Obstsäfte und Konfitüren	23	21	21	23	17
sonstige Nahrungsmittel ¹⁾	61	42	55	68	76
Kaffee, Kakao, Tee	45	56	67	95	113
Tabak und Tabakerzeugnisse	57	62	87	141	159
Spirituosen	35	35	45	65	83
Stoffe	171	168	159	106	92
Kleidung und Wäsche	358	399	464	418	388
Schuhe	127	139	145	144	149
Galanteriewaren	32	40	44	43	43
Medikamente, Kosmetika	41	66	86	99	111
Möbel	64	88	135	147	140
Nähmaschinen	23	24	17	14	6
Elektrische Haushaltsgeräte	14	18	21	15	14
Musikinstrumente	10	11	11	10	8
Druckerzeugnisse	26	33	34	33	37
sonstige Verbrauchsgüter ²⁾	37	44	38	26	29
Personenkraftwagen	1	2	2	2	2
Motorräder und Motorroller	11	13	18	17	20
Ausfuhr					
Getreide und Mehl	477	500	405	245	267
Zucker	80	62	104	69	52
Fleisch- und Molkereiprodukte	82	132	155	64	69
Fische und Fischkonserven	36	37	43	43	50
Pflanzliche Öle und Fette	34	43	65	48	65
sonstige Nahrungsmittel ³⁾	39	46	47	43	53
Tabak und Tabakerzeugnisse	3	3	3	8	5
Spirituosen	10	13	15	11	8
Stoffe	47	42	43	46	52
Kleidung und Wäsche	9	3	4	5	5
Schuhe	5	3	3	4	4
Galanteriewaren	2	2	2	3	2
Medikamente, Kosmetika	14	17	19	18	18
Möbel	1	1	2	3	2
Uhren	24	27	28	24	22
Rundfunk- und Fernsehgeräte	9	19	19	7	11
Fotoartikel	6	7	7	6	7
Druckerzeugnisse	13	13	13	14	13
sonstige Verbrauchsgüter ⁴⁾	23	28	29	33	30
Personenkraftwagen	35	42	39	47	52
Motorräder und Motorroller	5	4	4	5	5

1) Öle und Fette, Teigwaren, Rohstoffe für die Nahrungsmittelindustrie, Gewürze. — 2) Geschirr, Fotoartikel, Sportgeräte, kunstgewerbliche Erzeugnisse usw. — 3) Obst und Gemüse, Rohstoffe für die Nahrungsmittelindustrie. — 4) Geschirr, sonstige Haushaltsgeräte, Sportartikel usw.
 Quellen: Vnešnjaja torgovlja SSSR za 1959—1963 gody, Moskau 1965; Vnešnjaja torgovlja SSSR za 1965 god, Moskau 1966.

Bei der Einfuhr von dauerhaften Konsumgütern und Gütern des persönlichen Bedarfs deuten die Anzeichen auf einen differenzierten Verlauf: zunehmender Import einiger Güter wie z. B. Möbel, Medikamente und Schuhe; Stagnation bei anderen Erzeugnissen, für deren Produktion die eigenen Kapazitäten bereits ausreichen.

Im Außenhandel mit den kommunistischen Ländern spielt die Konsumgütereinfuhr zudem eine wichtige Rolle als Saldierungsfaktor. Da sich die Sowjetunion bemüht, die Ausfuhr nachhaltig zu erhöhen, wird der Konsumgüterimport aus den Ländern des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe insgesamt auch in Zukunft kräftig zunehmen.

Trotz der bisherigen Stagnation kann in Zukunft aber auch mit einer erhöhten Ausfuhr von Gütern des persönlichen Bedarfs und dauerhaften Konsumgütern gerechnet werden. Ansätze hierzu sind bereits auf einigen Gebieten gemacht, z. B. bei Uhren, Rundfunkgeräten, Pharmazeutika. Die Produktion von Personenkraftwagen in der UdSSR, die in den nächsten Jahren sprunghaft ansteigen wird, läßt auch rasch zunehmende Exporte von Kraftfahrzeugen rein sowjetischer Provenienz erwarten.

Abgesehen von der Weizeneinfuhr gibt es keine Anzeichen dafür, daß sich die regionale Struktur im Außenhandel der UdSSR mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie Konsumgütern, die sich in den vergangenen Jahren so klar herausgebildet hat, wesentlich ändern wird. Die Chancen für die Entwicklungsländer, Verbrauchsgüter in größerem Umfang in die Sowjetunion zu exportieren, müssen generell als gering angesehen werden. Der Testfall hierfür ist Indien: Obwohl es über eine beachtliche Textilindustrie und eine aufstrebende Schuhindustrie verfügt, konnte es nur einen kleinen Teil der ausgefallenen chinesischen Lieferungen an Baumwollgeweben und Schuhen übernehmen. Etwas günstiger entwickelten sich dagegen Indiens Lieferungen von Tee, Kaffee und anderen Erzeugnissen der tropischen Landwirtschaft in die UdSSR.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Dieter Mertens, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
 Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., Abt. Buchdruckerei, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand *)	Einheit †)		1965				1966									
			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.
Anzahl der Arbeitstage			22,8	22,0	21,4	22,8	21,5	20,8	23,8	20,7	20,8	21,2	22,0	23,7	22,8	22,0
Kredite an Nichtbanken																
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	3255	3467	4074	4786	3768	4013	3679	3581	4646	4089	4613	4997	4011	3995
Kreditbanken	"	"	71995,2	71775,8	71871,9	74008,8	73304,2	73773,7	75122,7	75585,8	76021,3	77319,0	77235,0	76858,8	77932,3	
an Wirtschaft u. Private	"	"	60139,6	59764,6	59493,5	61428,9	60603,5	61311,0	62667,2	63259,3	63416,6	64684,8	64828,5	64448,4	65291,0	
kurzfristige Kredite	vH	"	62,2	61,8	61,4	62,3	61,7	61,9	61,9	61,9	61,6	61,9	61,1	60,4	60,7	
dar. Wechselkredite	"	"	25,5	25,6	25,6	27,1	26,0	25,7	25,6	25,5	25,0	24,1	24,0	23,8	23,4	
mittelfristige Kredite	"	"	17,2	17,3	17,5	17,0	17,3	17,2	17,6	17,5	17,9	18,0	18,6	19,0	18,9	
langfristige Kredite	"	"	20,6	20,9	21,1	20,7	21,0	20,9	20,5	20,6	20,5	20,1	20,3	20,6	20,4	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2671,3	2691,2	2760,9	2688,9	2755,5	2794,3	2811,8	2856,0	2882,1	2877,5	2836,4	2830,3	2902,9	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	9184,3	9320,0	9617,5	9891,0	9945,2	9668,4	9643,7	9470,5	9742,6	9756,7	9507,1	9580,1	9738,4	
Übrige Kreditinstitute 1)	"	"	226592,1	229100,3	231347,3	234197,6	235814,1	238011,4	240365,4	242276,8	244189,6	246639,4	247499,0	249162,4	251389,8	
an Wirtschaft u. Private	"	"	156507,2	158157,1	159865,0	161931,9	162587,0	164049,8	166032,0	167642,0	169205,9	171340,0	171782,7	172785,9	174584,0	
kurzfristige Kredite	vH	"	17,5	17,4	17,2	17,6	17,4	17,5	17,8	17,9	17,9	18,5	18,2	18,0	18,3	
dar. Wechselkredite	"	"	6,1	6,1	6,1	6,1	6,0	6,1	6,2	6,3	6,4	6,5	6,5	6,5	6,5	
mittelfristige Kredite	"	"	9,0	9,0	9,1	9,1	9,0	9,0	9,1	9,2	9,3	9,3	9,3	9,3	9,3	
langfristige Kredite	"	"	73,5	73,6	73,7	73,3	73,6	73,5	73,1	72,9	72,8	72,2	72,5	72,7	72,4	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	41450,9	42283,4	42831,1	43923,2	44792,7	45411,5	45601,4	45893,0	46252,3	46555,5	47022,1	47634,3	48029,4	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	28634,0	28659,8	28651,2	28842,5	28434,4	28550,1	28732,0	28741,8	28731,4	28743,9	28694,2	28742,2	28776,4	
Bargeldumlauf und Bank-einlagen 2)																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	29453	29658	30036	29556	28877	29518	29787	30414	30221	30467	31492	30564	31100	30400
Sicht- u. Termineinlagen, ges. 1)	"	"	74714	74574	76068	78960	76141	76551	76543	75759	77886	78982	79799	79478	78674	79412
von Wirtschaft und Privaten	"	"	56228	58076	59588	61932	59646	59587	58415	60428	61033	60993	61466	62389	61080	62738
Sichteinlagen	vH	"	72,6	72,5	72,8	71,5	69,6	69,0	69,3	69,5	69,8	70,0	69,4	68,9	68,2	67,8
Termineinlagen	"	"	27,4	27,5	27,2	28,5	30,4	31,0	30,7	30,5	30,2	30,0	30,6	31,1	31,8	32,2
von deutschen öffentl. Stellen 1)	Mill. DM	"	18486	16498	16480	17028	16495	16964	18128	15331	16553	17989	16533	17089	17594	16674
Sichteinlagen bei Kreditinstit.	vH	"	26,8	26,7	30,8	34,6	28,1	29,0	26,7	29,3	29,9	30,5	27,4	27,6	28,4	26,9
Sichteinlagen beim ZBS 1)	"	"	23,3	19,6	14,7	12,7	16,0	17,8	25,2	14,7	16,8	19,8	16,8	14,3	14,3	12,4
Termineinlagen	"	"	49,9	53,7	54,5	52,7	55,9	53,2	48,1	56,0	53,3	49,7	53,8	58,1	57,3	60,7
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	430	216	159	63	320	259	185	129	82	163	205	215	239	310
Spareinlagen	"	"	103574	104876	105452	109758	111491	112807	113451	114443	115187	116077	117285	118266	118984	120313
Deutsche Bundesbank																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	29196,4	29374,4	29574,9	29718,5	29072,7	28828,9	28806,3	28467,5	28067,7	28838,5	29629,9	29455,4	29498,2	30306,3
Gold	"	"	17294,4	17351,8	17357,8	17371,1	17372,2	17356,1	17339,2	17339,2	16977,1	16970,7	16939,8	16919,7	16910,7	16887,0
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	11265,1	11337,6	11481,8	11455,2	10801,8	10555,9	10475,7	10084,7	10014,6	10852,6	11673,5	11574,0	11613,2	12431,4
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	636,9	685,0	735,3	892,2	898,7	916,9	991,4	1043,6	1076,0	1015,2	1017,5	961,7	974,3	987,9
Wertpapiermarkt																
Absatz an festverz. Schuldver-schreibungen und Aktien 2)	Mill. DM	S	824,1	1380,3	1358,5	1315,2	2070,4	1102,2	1223,0	802,0	640,2	701,0	1035,7	707,3	695,1	849,7
Pfandbriefe	vH	"	36,1	25,1	21,8	26,6	23,8	19,0	17,4	20,3	36,4	30,3	21,4	28,4	33,7	21,3
Kommunalobligationen	"	"	29,8	11,2	18,3	18,3	19,9	24,9	16,4	26,0	33,5	28,7	27,8	33,5	34,3	29,6
Öffentliche Anleihen	"	"	7,0	23,6	25,6	16,4	19,8	19,7	27,3	1,6	1,0	1,7	4,4	1,8	3,0	2,4
Industrieobligationen	"	"	—	—	3,7	—	—	—	—	14,2	—	—	11,4	—	—	—
Aktien	"	"	12,8	16,0	5,2	18,3	17,3	19,8	7,6	28,2	22,5	29,2	19,5	19,2	6,5	23,6
Kursdurchschnitt 3)	31.12.53	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aktien 4)	= 100	D	511	496	483	476	491	499	494	485	467	442	414	417	429	420
5%ige Pfandbriefe, steuerfrei	vH	"	113,14	110,58	110,32	110,36	110,55	110,64	110,57	109,16	107,24	105,38	101,98	102,26	104,09	106,12
6%ige Pfandbriefe, tarifbesteuert	"	"	90,44	88,78	88,46	88,40	88,67	88,49	88,32	86,88	85,08	83,16	82,07	81,42	81,82	82,66
6%ige Komm.-oblig., tarifbesteuert	"	"	89,50	88,23	87,68	87,53	87,33	87,50	87,32	85,93	84,38	82,43	81,23	80,98	81,69	83,06
Finanzen																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder 5)	Mill. DM	S	10247,9	6381,4	6540,3	11893,2	7329,8	5786,8	10604,6	6230,9	6528,1	11268,5	6619,1	6822,3	10735,5	6673,2
Einkommen- u. Körperschaftst. 6)	"	"	6240,5	2026,7	1915,0	7309,1	2701,5	1802,7	6367,8	2036,8	2075,1	6723,3	2338,0	2177,7	6477,2	2274,9
Lohnsteuer	"	"	1551,7	1652,4	1581,6	1867,7	1970,0	1269,7	977,3	1299,1	1316,7	1326,4	1684,1	1672,6	1808,9	1895,6
Veranl. Einkommenst.	"	"	2926,5	210,8	192,1	3429,6	417,7	324,8	3465,1	584,2	487,7	3404,2	869,0	231,7	3108,0	198,6
Körperschaftsteuer	"	"	1729,6	94,5	96,8	1957,3	163,7	183,3	1839,2	105,5	192,4	1725,0	123,4	19,9	1507,3	123,9
Umsatzsteuer	"	"	1939,1	2181,8	2155,8	2222,6	2550,6	1755,9	1771,6	2145,7	2039,4	2082,4	2180,9	2073,7	2043,1	2163,5
Zölle und Verbrauchsst.	"	"	1595,8	1725,5	1564,3	1849,6	1564,0	1324,3	1861,4	1510,8	1509,9	1649,4	1671,5	1722,3	1724,9	
Lastenausgleichsabgaben 7)	"	"	33,2	68,1	259,0	56,8	35,2	313,6	41,7	54,9	296,5	25,8	45,7	291,2	21,3	54,0
Außenhandel																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	6169	6265	6338	6423	5786	5587	6739	5906	6166	6176	5911	5796	5928	6429
Ausfuhr, insgesamt	"	"	5922	6331	6229	7070	5970	5960	7027	6237	6506	6580	6832	6149	6910	7234
Saldo 8)	"	"	-247	+66	-109	+647	+184	+373	+288	+331	+640	+404	+921	+353	+982	+805
Einfuhrvolumen 9)	"	"	6035	6123	6213	6301	5575	5412	6425	5646	5886	5989	5728	5642	5801	6247
Ausfuhrvolumen 9)	"	"	5845	6241	6091	6859	5777	5809	6858	6039	6633	6471	5596	5924	6736	6988
Terms of Trade 10)	1962=100	D	99,1	99,1	100,3	101,2	99,5	99,4	97,7	98,8	97,9	98,6	100,4	101,1	100,4	100,6
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft.	Mill. DM	S	1519	1544	1674	1716	1402	1301	1694	1449	1442	1386	1371	1434	1420	1440
Rohstoffe	"	"	960	914	955	1004	1042	943	1098	934	1041	1009	1009	978	932	961
Halbwaren	"	"	906	910	899	928	825	809	944	840	905	932	946	932	898	991
Fertigwaren	"	"	2720	2824	2743	2708	2471	2475	2948	2630	2685	2786	2522	23		